

Bernd Wolf
Alessa Böttcher

SÜDWESTRUNDFUNK
STUDIO KARLSRUHE
ARD-Rechtsredaktion Hörfunk

Radioreport Recht
Aus der Residenz des Rechts
Dienstag, den 10. August 2021

<https://www.swr.de/swr1/sendung-sw1-radioreport-recht-100.html>

Mit Bernd Wolf.

Weg mit moderner Sklaverei – das Lieferkettengesetz soll es richten

Bernd Wolf: Guten Abend.

11. September 2012 – ein Nine-Eleven der anderen Art. In der pakistanischen Industrie-Metropole Karatschi brennt eine Textilfabrik.

Caspar Dohmen: Die Notrufzentrale der Ambulanz in Karachi. An den Alarm vom 11. September 2012, erinnert sich der Mitarbeiter Muhammad Azeem auch heute noch ganz genau. Über Funk hörten sie dann das Unfassbare.

Muhammed Azeem: We can't enter into the factory and there were only one gate and all the windows were closed. At midnight 2 or 3 o'clock, the people, the workers they climb and they jumped out of the factory and some people have broken the window and they try to get out.

Caspar Dohmen: Die Retter konnten nicht in die Fabrik hinein und viele Arbeiter nicht heraus, übersetzt der Gewerkschafter Nasir Mansoor. Denn es gab nur einen offenen Notausgang und die Fenster waren vergittert. Um zwei oder drei Uhr morgens brachen einige Arbeiter Fenster oder Teile der Lüftungsanlagen aus der Wand und sprangen heraus.

Mehr als 200 Leichen bargen die Rettungsmannschaften in der Fabrik, die meisten Arbeiter waren erstickt und verbrannt. Und dann machten sie einen grausigen Fund.

Muhammed Azeem und Nasir Mansoor: After the two days than they come to know that there is a basement also in the factory also, when they put water fire, all the water went inside the basement and it was so hot and boiling, many people who were taking a refuge in the basement they were burned with the boiled water and their bodies, the skin was removed from the bodies, just like we put out the socks from our, is like that.

Caspar Dohmen: Nach zwei Tagen entdeckten die Rettungsmannschaften den Keller. Dort hatte sich das ganze Löschwasser gesammelt und war durch das Feuer siedend heiß geworden. All die Menschen, die im Untergeschoss Zuflucht gesucht hatten, wurden regelrecht gekocht. Von den toten Körpern konnte man die Haut abziehen wie einen Socken vom Fuß.

Bernd Wolf: Caspar Dohmen war in Karatschi, er hatte Helfer und Zeugen des Geschehens vom 11. September 2012 getroffen. Auch deutsche Hersteller, u.a. deutsche Discounter Kik ließen in Karatschi produzieren. Der Aufschrei weltweit war groß damals, trotzdem passierte lange nichts. Ein halbes Jahr später stürzt in Bangladesch das Rana Plaza ein, eine Fabrik, die ebenfalls für westliche Labels produziert. Über 1.100 Menschen sterben bei dem bisher größten Unfall in der internationalen Textilindustrie. Endlich beginnt weltweit eine Debatte über Arbeitsbedingungen in der globalen Textilbranche. In Deutschland mündete sie jetzt in das Lieferkettengesetz. Einer, der dies maßgeblich vorangetrieben hat, war Bundesentwicklungsminister Gerd Müller von der CSU. Er sagte Anfang April im Bundestag:

Gerd Müller: Mein Blick auf Profitmaximierung in der Globalisierung des Handels im internationalen Lieferketten hat sich geändert. Wir können und dürfen nicht die Augen verschließen vor Ausbeutung von Kindern, Mensch und Natur. Und das ist nicht nur Rana Plaza Textil, sondern das geht weit darüber hinaus. Ob es die Verseuchung von Meer, Mangroven, Umwelt von Ölmultis im Nigerdelta ist oder die Ausbeutung von Kindern auf Kaffee, Kakao, Baumwollplantage - 80 Millionen Kinder arbeiten als Arbeitssklaven für uns. Die Reichen auf der Sonnenseite des Planeten für unsere Produkte. Wichtig ist, ein Verbot von Kinderarbeit umzusetzen, die Stärkung der Menschenrechte und dies, ohne die Wirtschaft zu überfordern.

Bernd Wolf: Der scheidende Entwicklungsminister Gerd Müller. Jetzt ist es da, das Lieferkettenschutzgesetz. Was drin steht, ein Stichwort von Alessa Böttcher.

Alessa Böttcher: Erst im Jahr 2023 wird das Gesetz richtig wirken. Erst einmal nur für sehr große Unternehmen. 2024 wird es dann auch für kleinere Unternehmen ab tausend Mitarbeitern gelten. Welche Menschenrechte und Umweltstandards die Firmen dann einhalten müssen, das orientiert sich an den Leitlinien der UN. Kinderarbeit, Zwangsarbeit, Diskriminierung, Hungerlöhne, lebensgefährliche Arbeitsbedingungen das alles soll es dann nicht mehr geben. Ökologisch sollen Schadstoffe und gefährliche Abfälle vermieden werden. Die Regeln für die unmittelbaren Zulieferer der deutschen Unternehmen sind ähnlich. Gemeint sind die Unternehmen, die unmittelbar an die deutschen Konzerne Waren liefern. Auch diese Zulieferer müssen eine Risikoanalyse vornehmen und gegebenenfalls Gegenmaßnahmen ergreifen. Über die Entwicklung der Menschenrechte müssen sie öffentlich Bericht ablegen.

Bei mittelbaren Zulieferern sind die Vorgaben vager. Mittelbare Zulieferer sind die, für die die Zulieferer des deutschen Unternehmens beliefern. Deutsche Unternehmen müssen dort eine Risikoanalyse durchführen, aber nur, wenn es konkrete Anhaltspunkte für Verletzungen der Menschenrechte gibt. Wenn Unternehmen die Regeln nicht einhalten, haften sie nicht direkt. Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle überprüft, ob die Regeln eingehalten werden, kontrolliert die Berichte der Unternehmen und geht Beschwerden nach. Gegebenenfalls können auch Sanktionen verhängt werden, wie zum Beispiel Geldstrafen.

Bernd Wolf: Das Lieferkettengesetz. Ich spreche mit Caspar Dohmen, Journalist für Wirtschaft und Menschenrechte, und er ist Autor des gerade erschienenen Buches „Lieferketten“ - Über die Risiken globaler Arbeitsteilung für Mensch und Natur.

Gewagte Frage, Herr Dohmen: Hätte es das neue Gesetz schon vor zehn Jahren gegeben und wäre es eingehalten worden, wären dann die verheerenden Unglücke in Bangladesch und in Pakistan mit weit über tausend Toten vermeidbar gewesen?

Caspar Dohmen: Also zumindest hätte eine Chance bestanden darauf, weil dann die Unternehmen in Deutschland dazu verpflichtet gewesen wären, eben auf diese menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten zu achten, zu denen eben auch gehört, dass Arbeitsplätze sicher sein müssen. Und wenn man sich

dieses berühmte, traurig berühmte Beispiel von Rana Plaza anguckt, dann hat es da ja an elementaren Voraussetzungen gefehlt, der Statik- und der Gebäudesicherheit. Das heißt, das war ja eine Fabrik, die gar nicht als Fabrik gebaut war, sondern als Bürogebäude. Dann hätten die Unternehmen dort aus Europa, aus den USA vielleicht gar nicht gefertigt werden, wenn es ein solches Gesetz gegeben hätte.

Bernd Wolf: Nun war es so, dass da die Türen abgeschlossen waren an der Fabrik. Sowas bedarf eigentlich einer täglichen Kontrolle. Mal generell gefragt, wie will man die Gegebenheiten vor Ort kontrollieren, damit sie den Anforderungen dieses neuen Gesetzes entsprechen?

Caspar Dohmen: Also es ist natürlich kaum vorstellbar, dass man diese Zulieferer oder Betriebe jeden Tag kontrolliert. Es ist eben an der Stelle nicht nur wichtig, dass man diese Fabriken kontrolliert in gewissen Abständen, sondern dass man auch eben ein Verantwortungsgefüge schafft, was dazu führt, dass die Unternehmen hier in Europa dafür sorgen, dass die Unternehmen vor Ort, bei denen sie eben die Waren produzieren lassen, auch verantwortungsvolle Arbeitsplätze zum Beispiel schaffen. Und, das heißt an der Stelle kann dieses Gesetz eigentlich nur dafür sorgen, ein Risikobewusstsein bei den Unternehmen hier zu schaffen und dann die eben dazu zu bringen, auch zum Beispiel einfach den Zulieferern so viel Geld auch für die Produktion zu bezahlen, damit dann eben auch bestimmte Arbeitsstandards umgesetzt werden können oder damit die Menschen auch halbwegs vernünftig dann vor Ort bezahlt werden.

Bernd Wolf: Also soll alles, wenn ich das richtig interpretieren, so im Guten gehen und nicht mit Drohungen oder Ähnlichem. Wie glauben Sie denn werden sich die Arbeitsbedingungen, nehmen wir mal die Näherinnen, verändern, die bisher 18 Stunden am Tag arbeiten, Kinder arbeiten sechs Tage die Woche und so weiter und so weiter. Wo sollte das hinlaufen sukzessive?

Caspar Dohmen: Ich denke, der zentrale Punkt, der tatsächlich zu einer Verbesserung der Arbeitssituation, der näheren, wenn wir sie jetzt nehmen, führen könnte, wäre der, dass Unternehmen auch dafür sorgen müssen, dass die Gewerkschaftsfreiheit bei Zulieferern gewährleistet ist. Also eigentlich ist das gar nicht so schwierig, denn Unternehmen müssen eben ein Beschwerdemechanismus einrichten und einen Beschwerdemechanismus, der eben auch für Dritte zugänglich ist. Das heißt, da können sich dann nicht nur zum Beispiel Beschäftigte von Unternehmen beschweren, sondern da

können sich dann zum Beispiel auch NGOs oder Gewerkschaften könnten sich da beschweren. Und in dem Moment, wo sozusagen eine substanzielle Beschwerde eingegangen ist, muss sich ein Unternehmen auch in seiner mittelbaren Lieferkette darum kümmern. Und das wird eine unglaublich spannende Frage werden. Wann hat ein Unternehmen eigentlich dann davon Kenntnis bekommen? Also es könnte ja zum Beispiel so sein, dass Leute in sozialen Medien über Missstände bei einem Zulieferer schreiben. Und da wäre die spannende rechtliche Frage dann, wäre das der Moment, wo ein deutsches Unternehmen dann davon schon Kenntnis bekommen hätte, und müsste an der Stelle schon handeln? Also ich denke, das ist in einer Welt, wo Informationen heute so schnell verfügbar sind, könnte das viel schneller der Fall sein, als das sich viele heute vorstellen?

Bernd Wolf: Habe ich als Verbraucher, wenn ich ein T-Shirt, eine Hose oder sonst irgendwas kaufe. Denn die Möglichkeit zu überprüfen, wirklich verlässlich zu überprüfen, ob, wann und wie in den konkreten Lieferketten zu diesem T-Shirt geprüft wurde, ob und inwieweit die unternehmensinterne Kontrolle stattgefunden hat und ob das auch staatlich kontrolliert wurde?

Caspar Dohmen: Unternehmen müssen künftig diese Risikoanalysen, die sie anfertigen zu menschenrechtlichen Risiken wie Kinderarbeit oder Zwangsarbeit oder Gewerkschaftsfreiheit, müssen diese Berichte, die sie anfertigen nicht nur bei der Behörde abgeben, die diese prüft, sondern sie müssen sie dann auch öffentlich zur Verfügung stellen. Das heißt, es wird an der Stelle ein Stück weit eine Transparenz geben. Und die Idee, die eigentlich hinter allen diesen Lieferkettengesetzen steckt, die ja auch verschiedene andere Länder gemacht haben, ist eigentlich, dass an der Stelle eine Möglichkeit geschaffen wird, zum Beispiel für NGOs oder für Gewerkschaften, den Unternehmen da auf die Finger zu schauen und dann eventuell da auch Dinge zu skandalisieren und bekannt zu machen. Es geht jetzt an der Stelle weniger darum, dass jetzt jeder Verbraucher sich einzeln diese Informationen sucht. Er kann sich natürlich diese Berichte dann auch anschauen. Die müssen veröffentlicht werden im Internet auch leicht zugänglich. Aber das ist, sagen wir mal, an der Stelle, nicht unbedingt der der Premiefocus.

Bernd Wolf: Caspar Dohmen, Wirtschaftsredakteur, es gibt eine Umfrage, von der ich gehört habe, dass neun von zehn Leuten sich wünschen, dass die Unternehmen die Menschenrechte bei ihren Auslandsgeschäften berücksichtigen. Was meinen Sie, würden diese neun von zehn Kunden, auch wenn sie bei Kik oder Primark oder Bosch oder Adidas im Laden stehen, würden die dann auch mehr bezahlen? Weil so weit sind wir jetzt, die

Erkenntnis haben wir schon gewonnen, dass es teurer werden muss eigentlich.

Caspar Dohmen: Wenn es darum geht, Sympathie für die Menschen zu haben, die in diesen Lieferketten arbeiten, und wenn es darum geht, auch die Dinge zu skandalisieren, da sind natürlich viele Menschen immer dabei. Und das ist ja auch schon mal ein wichtiger erster Schritt. Das sieht man immer in Umfragen. Wenn es darum geht, halten Leute biologische Produktion für wichtig oder faire Produktion für wichtig? Nur man muss dann auch sehen, dass wenn sie dann faktisch einkaufen, dann ist schon der Teil der Leute, die tatsächlich bereit sind, an der Stelle mehr Geld auszugeben, klein. Aber wichtig ist an der Stelle eben auch zu wissen, es muss ja gar nicht unbedingt bei allen Kleidungsstücken zum Beispiel so sein, dass es teurer wird, weil die Probleme gibt es ja sowohl beim Discount Modeunternehmen wie auch bei Luxusherstellern. Und die Margen von vielen Unternehmen sind so groß, dass sie sozusagen diese Verbesserung in der Lieferkette prinzipiell eigentlich auch aus ihrem Gewinnen bezahlen könnten. Das heißt, an der Stelle muss gar nicht unbedingt zwangsläufig das Produkt für die Verbraucher teurer werden.

Bernd Wolf: Das beobachten wir mal sehr gespannt. Klingt im Moment ein bisschen romantisch für mich. Ich hoffe, wünsche mir, Sie haben recht. Was glauben Sie wo vor Ort, in den Schwellenländern, denen wir jetzt mit diesem Gesetz helfen wollen, wie die Produktionsbedingungen oder auch die Bedingungen in Sachen Mitbestimmung und so weiter aussehen? Nehmen wir mal irgendeinen Betrieb in Bangladesch oder Pakistan heute in zehn Jahren.

Caspar Dohmen: Wenn ich mir was wünschen würde, dann wäre es, dass sich entlang dieser Lieferketten auch ein fairerer Umgang etabliert, der eben dann auch Mitbestimmung zum Beispiel der Beschäftigten möglich macht. Was mich zuversichtlich stimmt ist, dass es mittlerweile sogar Initiativen auch von großen Modefirmen gibt, die zum Beispiel ein deutsches Tarifvertragssystem in Ländern wie Vietnam oder Kambodscha einführen wollen, weil sie sehen, dass nur, wenn die Beschäftigten dort vor Ort quasi empowert werden, wie man so schön sagt, es zu wirklichen Verbesserungen kommen kann. So das wäre sozusagen das positive Szenario. Andererseits hält der unglaubliche Gewinndruck in diesen Lieferketten und halten auch die Gewinnerwartungen der Unternehmen hier an. Und das führt ja bis heute immer noch dazu, dass sozusagen den ersten in dem Fall in der Lieferkette die Hunde beißen, da die die Arbeitsbedingungen oft absolut miserabel sind. Das heißt solange es quasi keine Bereitschaft auch gibt, die Wertschöpfung

innerhalb dieser Wertschöpfungsketten fairer zu verteilen, werden auch solche Gesetze wenig verändern.

Bernd Wolf: Skepsis, aber auch Hoffnung - im Radioreport Recht: Caspar Dohmen, Fachjournalist für Wirtschaft und Menschenrechte, gerade ist sein Buch erschienen: „Lieferketten“ - Über die Risiken globaler Arbeitsteilung für Mensch und Natur.“

Das war der SWR1 Radioreport Recht zum neuen Lieferkettengesetz – Sie können diese Sendung auch als Podcast abonnieren. Überall, wo es Podcasts gibt.

Mein Name ist Bernd Wolf. Vielen Dank für Ihr Interesse.